

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 108.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Doenges in Dresden.

1922.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 19. Januar.)

Abg. Donath (Dtsch. Sp.):

Was den vorliegenden Antrag betrifft, so habe ich namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir demselben durchaus sympathisch gegenüberstehen und für ihn eintreten werden. Wenn man in der heutigen Zeit, und zwar ganz mit Recht von der Landwirtschaft fordert, daß sie die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse soweit wie irgend möglich steigert und andererseits die Landwirtschaft bereit ist, an ihrem Teile diese Aufgabe zu erfüllen, so meinen wir, ist es auch die Pflicht der Staatsregierung, diese Bestrebungen soweit als irgend möglich zu unterstützen. Das wird nach unserer Auffassung neben anderen Maßnahmen, die getroffen werden müssen, am besten dadurch geschehen, daß man unsere landwirtschaftlichen Schulen vergrößert, vor allem Dingen aber weit besser ausbaut, als wie es bisher geschehen ist. Es ist wiederholt schon darauf hingewiesen worden, daß für die Förderung der Landwirtschaft in Sachsen insgesamt nur 300000 M. in den Staatshaushaltplan eingestellt worden sind. Diese Summe halten wir selbstverständlich für viel zu gering, wenn es sich darum handelt, daß nicht nur diese Schulen vergrößert, sondern auch entsprechend ausgebaut werden müssen. Wenn auch die Landwirtschaft sehr bereit ist, für den Ausbau und für eine Vermehrung unserer landwirtschaftlichen Schulen bedeutende Opfer zu bringen, so ist sie doch ganz außerstande, die gewaltigen Summen allein aufzubringen, die erforderlich sind, um unsere landwirtschaftlichen Schulen so auszubauen, wie es dem heutigen Stande der Wissenschaft und der Praxis entspricht. Das wird nur geschehen können, wenn der Staat dementsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Nun sind ja bekanntlich die landwirtschaftlichen Schulen seit dem 1. April vorigen Jahres von dem Landeshaushalt übernommen worden. Wir halten diese Maßnahme durchaus für einen Fortschritt und begrüßen sie lebhaft; denn es haben sich im Laufe der letzten Jahre, wo unsere landwirtschaftlichen Schulen den zuständigen landwirtschaftlichen Kreisvereinen unterstellt waren, verschiedene Mängel ergeben, deren Beseitigung dringend erwünscht ist. Es ist im Laufe der letzten Zeit vorgenommen, daß Maßnahmen der Direktoren an einzelnen landwirtschaftlichen Schulen von Seiten der zuständigen Kreisvereine in einer Weise fortgesetzt worden sind, ja man kann sagen, daß diese Direktoren in einer Weise bevormundet worden sind, die dem Schulbetriebe jedenfalls abträglich ist. Dadurch wird die Arbeitsfreudigkeit dieser Direktoren keineswegs gefördert, sondern geradezu untergraben. Was die Gründung landwirtschaftlicher Schulen anbetrifft, so sehen wir allerdings auf dem Standpunkte, daß es sich bei den gespannten finanziellen Verhältnissen, wie wir sie gegenwärtig im Lande haben, weniger um viele Neugründungen handeln kann, sondern daß es vor allem um die Erweiterung der bestehenden landwirtschaftlichen Schulen geht, die unsere landwirtschaftlichen Schulen besser als bisher ausgebaut werden und daß vor allem Dingen eine Reform des Lehrplanes erfolgt. Soweit das östliche Sachsen in Frage kommt, sehen wir auf dem Standpunkte, daß die beiden landwirtschaftlichen Schulen in Bautzen und Zittau vollständig dem Bedürfnis genügen. Was aber für das östliche Sachsen notwendig ist, ist das, daß dort eine landwirtschaftliche Haushaltungsschule errichtet wird, und da haben wir allerdings den Wunsch, daß diese Schule, wenn irgend möglich, in der Stadt Zittau errichtet werde. Was die Wünsche der Lehrerschaft anbetrifft, so will ich heute hier nicht darauf eingehen. Ich behalte mir das für die Deputationsberatungen vor. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Abg. Schirák (Unabh.):

Nachdem der Antrag auf Ausschussberatung bereits gestellt ist, werden wir Gelegenheit nehmen, an jener Stelle unsere Bedenken bzw. unsere Forderungen zum Vortrage zu bringen. Ich will hier nur erklären: Man könnte sehr wohl zu dem Schluß kommen: Aus dem Bedenken, den die Bauern in den letzten Jahren aus den Taschen der Allgemeinheit gezogen haben, wäre die Unterhaltung der Schulen sehr wohl möglich. Aber wir erkennen an, daß wir, wenn wir diesen Weg gehen würden, Standeschulen dadurch züchten würden. Wir sagen daher: Weil wir nicht einzusehen vermögen, daß die Bauern allein darüber entscheiden sollen, wer jene Schulen besuchen soll, um deswegen müssen die Schulen auf eine andere Grundlage gestellt werden, als es früher der Fall gewesen ist. Der Forderung, daß die Regierung den Schulbetrieb von 163 000 M. übernimmt, können wir zustimmen. Aber der anderen Frage, die gestellt worden ist, daß man rund 2 Mill. M. zur Förderung der sächsischen Landwirtschaft fordert, könnten wir nicht zustimmen, wenigstens auf keinen Fall in der Form, wie es hier gefordert wird. Es muß zunächst meiner Auffassung nach darüber Klarheit geschaffen werden: Wie ist der Haushaltplan der Lehranstalt aufgestellt? Und da sind wir der Meinung: Wenn man Einsicht darin genommen hat, wird man die Möglichkeit erwägen können, wie hoch sich der Regierungsschulhaushalt belaufen kann. Weiter aber erkläre ich, daß wir, soweit es sich um die Schulen im allgemeinen handelt, der Auffassung, die von dem Hrn. Kollegen Claus vorgebracht worden ist und der sich Dr. Abg. Schombor anschließt, beipflichten, daß wir mit theoretischer Ausbildung allein nichts erreichen können, daß im Gegenteil Theorie und Praxis sich ergänzen müssen. Und es ist ein

Wahrzeichen, daß Dr. Abg. Donath die Ausführungen machte, daß es dringend notwendig erscheint, daß an den landwirtschaftlichen Schulen durchgreifende Reformen vorgenommen werden, weil in den letzten Jahren außerordentlich wenig davon zu merken gewesen sei. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Es darf gehofft werden, daß der künftige Einfluß des Landeshaushaltplan und der anderen ausschlaggebenden Stellen dazu beitragen wird, daß in dieser Beziehung endlich Wandel geschaffen wird.

Abg. Nammelsberg (Dtschnat.):

Was meine Stellung zu den Beispielschulen anlangt, so ist sie hinlänglich bekannt. Ich sage nur das eine, unsere Bauernschaft können auf den großen Beispielschulen für ihre kleinen Betriebe nichts lernen, sondern sie müssen an kleinere Betriebe angelehnt werden, wenn sie etwas lernen sollen. Die Großbetriebe können vielleicht umgekehrt nach der Richtung lehrreich wirken, daß man an ihnen sieht, wie man es bei dem häuerlichen Betriebe nicht machen muß. Was die Neuordnung der Schulen anbelangt, so wird hier der Vorwurf gemacht, unsere Schulpläne seien rückständig. Der Herr, der das gesagt, weiß nicht Bescheid. Denn jedes Jahr ist eine Konferenz in Dresden, auf der ständig die Lehrpläne einer Besprechung unterzogen werden sind. Wenn dann weiter von Hrn. Abg. Schirák gesagt wurde, daß die Bauern bei den Einnahmen, die sie hätten, ganz gut die Schulen selbst erhalten könnten, so sage ich nur das eine: über diese Einnahmen und Gewinne ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wenn wir die finanzielle Belastung der landwirtschaftlichen Einrichtungen ins Auge fassen und wenn wir auf der anderen Seite die ungeheure Arbeit, die diese Landwirte leisten, die Überstunden, die sie leisten, auch mit berücksichtigen, dann kann von einem übermäßigen Gewinn nicht die Rede sein. Und trotzdem sind viele Landwirte nicht in der Lage, jetzt die Kosten für den Schulbesuch ihres Sohnes zu tragen, weil die Kosten ins Ungemeine steigen und weil die Arbeitsverhältnisse so schlecht sind, daß er tatsächlich seinen Sohn gar nicht in die landwirtschaftliche Schule gehen lassen kann. Wir wollen auch diesen Umstand heute berücksichtigen, denn das ist von Einfluß auf die ganze Schulfrage. Was den Vorwurf der rein theoretischen Ausbildung der Landwirtschaftler anlangt, so kann der Herr, Dr. Abg. Schirák beruhigt sein. Die Landwirtschaftler müssen praktische Landwirte und Theoretiker sein. Sie können nicht studieren, ohne sie nicht in der Praxis die Landwirtschaft kennen gelernt haben. Jeder Direktor einer landwirtschaftlichen Schule wird bemüht sein, Theorie und Praxis in der richtigen Weise miteinander zu verbinden. Ich wiederhole: Es gibt keine bessere Ausbildung und Betätigungsmöglichkeit für unsere Landwirte in Sachsen als die landwirtschaftlichen Schulen, und da sie sich in der Vergangenheit und in der Gegenwart so lehrreich gezeigt haben, ist es unsere Pflicht, mit allen Mitteln ihre Arbeit zu fördern. (Bravo! rechts.)

Nach einem kurzen Schlußwort des Abg. Friedrich (Dtschnat.) wird der Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten auf Antrag des Abg. Beutler (Dtschnat.) dem Haushaltsausschuß A zur Weiterberatung überwiesen.

Punkt 4 der Tagesordnung: Beratung über die Eingabe des Bauingenieurs Fr. B. Beuge in Berlin-Neußölln gegen den Mädchenhandel. (Mündlicher Bericht des Prüfungsausschusses, Drucksache Nr. 493.)

Der Antrag des Prüfungsausschusses lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

- den Beschluß des Prüfungsausschusses vom 1. Dezember 1921 aufzuheben und die Eingabe auf Grund von § 43 Abs. 1 unter d und Abs. 3 der Geschäftsordnung für unzulässig zu erklären;
- die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß diese a) unbekümmert der endgültigen Regelung der Frage des Mädchenhandels durch das zu erwartende Strafgesetz sofort Übergangsbestimmungen schaffen möge, durch die der Mädchenhandel mit den schärfsten Maßnahmen entgegengetreten wird, b) durch geeignete Regierungsmaßnahmen die auf Beseitigung dieses Schmachgerichteten internationalen Bestrebungen nachdrücklich zu fördern.

Berichterstatterin Frau Abg. Büttner (Dtschnat.):

Abgesehen von der Besprechung im Prüfungsausschuß und dem dort gefassten Beschluß über die Eingabe des Bauingenieurs Beuge in Berlin zur gänzlichen Erledigung des Mädchenhandels, die außer an den sächsischen auch an den bayrischen Landtag gerichtet ist, vertritt meine Fraktion die Ansicht, diese so tief bedauerlichen und verabscheuungswürdigen Zustände zur Aussprache im Plenum vorzubringen, um weite Kreise darauf aufmerksam zu machen. In der Eingabe wird betont, daß der Mädchenhandel schlimmer als Nord ist, weil er Leib und

Seele der Mädchen langsam vernichtet. Diese Wahrheit kann wohl niemand in Abrede stellen. Der im Prüfungsausschuß einstimmig angenommene Vorstoß unter Ziff. 2a des Antrags entspricht den Wünschen meiner Fraktion, besonders da wir wissen, daß das kommende Reichsgesetz ein verstärktes Strafmaß für diese verbrecherischen Untaten vorsieht. Außerdem aber treten wir dafür ein, daß in allen Lehr- und Erziehungsanstalten den Kindern der oberen Klassen Aufklärung über den Mädchenhandel, seinen Zweck und seine Folgen gegeben wird. Wieviel Unheil und Leid könnte dadurch verhindert werden!

Nednerin gibt sodann einen Überblick über die Geschichte des Mädchenhandels seit seiner Bekämpfung und weist auf die Erfolge der Bekämpfung durch das „Deutsche Nationalkomitee zur internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels“ und seine verschiedenen Landeskomitees sowie der großen Anzahl anderer Korporationen hin und fährt dann fort: Von dem neuen Strafgesetz erwartet man, daß die jetzigen hoffnungslosen Zustände, die wieder von neuem eintreten sind, geregelt werden. Für diese neue Gesetzesvorlage, die hoffentlich bald erdienen wird, hat die abolitionistische Föderation und ebenfalls der deutsche Verband zur Hebung der Sittlichkeit — beiden Verbänden steht Frau Dr. Scheven in Dresden vor — eine großartige Für- und Sorgearbeit schon geleistet, und durch ihre unermüdete Arbeit ist es gelungen, in mancher Beziehung schon viel zu erreichen. Auch von dem neuen Reichsjugendwohlfahrtsgesetz erhoffen wir Gutes. Verschiedene Vorschläge sind schon gemacht worden, die das in vielen Mädchen glücklicherweise stark vorhandene Gefühl für Anstand und Sittlichkeit festigen und stärken werden. Wie die Zentrale für Jugendfürsorge, so arbeitet auch die Kinderbeschützungsmission und Jugendbeschützungsstelle für Dresden und Umgebung in vorzüglicher Weise für die Heranbildung der Kinder in ihrem sittlichen Verhalten und für die Erkenntnis der sie umgebenden Gefahren. Die deutsche Liga für Frauenrecht und Frauenrettung in München hat ein Geleitwort für junge Mädchen, betitelt „Hinans ins Leben“, herausgegeben, das ein wahrer Talisman ist, und man sollte niemals vergessen, es jedem jungen Mädchen mitzugeben, das die Schule durchlaufen hat und sich einem Berufsleben widmen will. Kein Mädchen sollte in einer der fremden Großstädte, in der sie nicht Verwandte oder Freunde besitzt, und erst recht nicht im Ausland eine Stellung annehmen, ohne genaue Umstände durch die deutschen Konsulate einzuziehen. Die Pflegerinnen sind es ganz besonders, denen wir für den Schutz unser weiblichen Jugend gar nicht genug danken können. Gerade sie können es sein, die den Mädchenhandel durch ihren Zusammenhang mit den Polizeibehörden seiner endlichen Erledigung entgegenstellen.

Nednerin entwirft dann ein erschütterndes Bild von der Art und Weise des Mädchenhandels und den Gefahren, denen insbesondere auch unsere deutschen Mädchen dabei ausgesetzt sind, und schließt mit den Worten: Rühre ich aber in Deutschland in allen Kreisen die Ansicht durchdringen, daß es mit dem neuen Reichsgesetz zur Bekämpfung des Mädchenhandels nicht allein getan ist, sondern daß Vorbeuge- und Fürsorgearbeit in allergrößtem Maßstabe zu leisten ist! Es gilt, der brutalen Willkür roher Ausbeuter, die den Mädchenhandel betreiben, entgegenzutreten und eine sittlich willensstarke Jugend heranzubilden, die den Mädchenhändler vergeblich nach Opfern suchen läßt. Aus volkswirtschaftlichen, ethischen und sozialen Gründen bitten wir alle Fraktionen des Landtages und die Regierung, Mitarbeit in der Bekämpfung des Mädchenhandels zu leisten und den Antrag des Prüfungsausschusses anzunehmen. (Bravo!)

Präsident:

Ich glaube, das ist ein Gegenstand, über den im Landtage keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Sehr richtig!) Was hier so lebhaft und mit Recht kritisiert worden ist, berührt uns alle bis ins Innerste. Ich möchte deshalb empfehlen, die Debatte hierüber abzufahren, denn daß der Antrag angenommen wird, halte ich für selbstverständlich.

Abg. Fr. Dr. Hertwig (Dtsch. Sp.):

Wir unterstützen natürlich den Antrag des Prüfungsausschusses, denn auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß scharfe Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die furchtbaren Zustände, die in bezug auf den Mädchenhandel bestehen, zu bekämpfen. Wenn auch durch die neuen Strafbestimmungen und internationale Abkommen die Möglichkeit einer schärferen Verfolgung des Mädchenhandels teils gegeben, teils in Aussicht genommen ist, so bleibt doch auch den einzelnen Ländern innerhalb Deutschlands noch manches zu tun übrig, um bei Aufdeckung solcher Verbrechen mitzuwirken, und was noch wichtiger ist, Maßnahmen zu treffen, um derartige Verbrechen zu verhindern. Das kann und muß geschehen durch dauernde Zusammenarbeit zwischen Regierung, Polizei, dem Landeskomitee für Sachsen und den Vereinen, die sich die Fürsorge der sittlich gefährdeten Mädchen zur Aufgabe gestellt haben. Vor allen Dingen aber muß die weibliche Jugend immer wieder aufgeklärt und vor den Gefahren des Mädchenhandels gewarnt werden. (Sehr richtig!) Das sollte in den Fortbildungsschulen geschehen, geschieht auch in den Jugendvereinen und ist natürlich auch eine Aufgabe aller der Frauenvereine, die sich im besonderen die Hebung der Sittlichkeit und die Fürsorge für die weibliche Jugend zur Aufgabe gestellt haben. (Bravo!)

Abg. Frau Büttner (Soz.):

Ich möchte daran erinnern, daß Bebel der erste gewesen ist, der den Mädchenhandel in einem Parlamente zur Sprache brachte. Es liegt ja auch ganz nahe, daß die Sozialdemokratie diejenige sein mußte (Große Heiterkeit rechts). — Abg. Beutler: Rachen Sie sich nicht lächerlich! die jeder Ausübung eines Menschen öffentlich zu Leibe rühte. Die ersten alten Parteien hätten es ja sehr leicht gehabt, früher durch ein Staatsgesetz, nicht durch Zureden oder kleine Hilfsmittel hier einen Tamm vorzuschreiben. Dann aber möchte ich betonen, daß es mich besonders freut, daß heute die Frauen über dieses Thema reden können, weil ja die Rechtsparteien bis jetzt der Meinung waren, daß es das Schandgefühl des weiblichen Geschlechts überhaupt verlege, von solchen Dingen zu sprechen, wesswegen sie auch in das Gerichtswesen als Juristinnen nicht zulassen seien, auch nicht als Geschworene und Schöffen. Gerade in solchen Fragen gegenüber Mädchenhändlern oder gegenüber den Verhältnissen der Mädchen, die aus Bosheit entführt sind, zu urteilen, sind die Frauen besonders geeignet. Deshalb ist es sehr notwendig, daß die Frauen in die Gerichte mit hineinkommen. Der Mädchenhandel und das Verbrechen stehen in innigem Zusammenhange, denn wenn es keine staatlich konzentrierten Verkaufsanstalten für Menschenfleisch gäbe, würden diese Mädchen nicht als Ware behandelt werden. Es ist deshalb eine heuchlerische schamhafte Art, wenn diejenigen auf den Mädchenhandel schimpfen, die andererseits die Vorbereitungen von den Mädchenhändlern die Ware beziehen, lassen wollen, und das ist doch hier die Frage. Die Prostitution ist ja uralte, so daß man nicht sagen kann, sie sei eine Erfindung der kapitalistischen Zeit, aber die Form und die Ausbeutung, die sie heute hat, das ist die Keimzelle der heutigen widerwärtigen kapitalistischen Verhältnisse, und die Notwendigkeit, daß die Mädchen den elenden Arbeitsverdienst zum Teil noch ergänzen durch ihre Hingabe, das ist das Jurdabare; außerdem aber das freche Breitmachen des Luxus und des Reichtums, der ihnen fortwährend vor den Augen herumgaulert, sie verführt und die Lust in ihnen weckt, nicht so fähig dahinzuleben. Erst wenn wir aus der Welt geschafft haben, daß der Unterschied zwischen übermäßigem Reichtum, zwischen Aufmachung und Glanz auf der einen Seite und Armut und Mittellosigkeit auf der anderen besteht, erst dann werden wir die Grundursache zu dem Übel aus der Welt geschafft haben. (Beifalliges Bravo!)

Abg. Frau Zoltinger (Dem.):

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Kampf gegen den Mädchenhandel von Deutschland allein gar nicht geführt werden kann (Sehr richtig!), sondern international geführt werden muß. (Sehr richtig! links.) Leider hat der Krieg alle diese Arbeiten unterbrochen. Aber die Frauen haben es verstanden, diese internationalen Fäden wieder zu spinnen. Auch das Reich hat ja längst anerkannt, wie wichtig diese Bekämpfung ist. Ich darf daran erinnern, daß das Reichsversicherungsamt, dessen Zentrale in Berlin Wanderungsämter in den Ländern eingerichtet hat, wir haben in Dresden auch ein solches Amt, versucht, mit Erfolg dem Mädchenhandel zu begegnen. Das sächsische Wanderungsamt hat es begriffen, daß die Vereine, die seit 20 Jahren den Kampf gegen den Mädchenhandel führen, mit ihm zusammenarbeiten. Diejem Zusammenarbeiten möge es gelingen, etwas Wirksames gegen den Mädchenhandel zu tun. (Bravo!)

Abg. Frau Thümmel (Unabh.):

Die Frage des Mädchenhandels ist nicht bloß eine Frage, die die Frauennwelt allein angeht, es ist eine Frage, die das Volksganze angeht, und eine Frage, die hauptsächlich die Schichten der Bevölkerung angeht, die am meisten unter der wirtschaftlichen Not leiden, denn diese Dinge sehen und bekämpfen wollen heißt auch der Ursache nachgehen. Und da ist es wohl niemandem ein Geheimnis, daß die Hauptursache nicht nur die wirtschaftliche Not ist, die die Mädchen auf die Bahn des Verderbens treibt, sondern vor allen Dingen auch eine geistige Not ist.

Ich unterschätze die Vereinsarbeit gegen den Mädchenhandel nicht, ich habe alle Hochachtung vor ihr, aber ich muß doch sagen, daß mit der Vereinsarbeit das Übel nicht beseitigt werden kann, sondern daß es eine Erziehungsfrage ist, eine Frage der Jugendfürsorge. Man muß sich die Lektüre der heutigen Jugend, die Romane einmal näher ansehen, die heute gelesen werden und die derartig auf die Phantasie der Mädchen einwirken, daß sie den Verführungen, die an sie herantreten mögen, leichter zugänglich sind. (Zuruf: Kino!) Auch die Kinos! Wir sind dafür, daß man mit geeigneten Maßnahmen vorgeht, aber man darf nicht vergessen, die Erziehung anders zu gestalten, nicht nur die Erziehung der weiblichen Jugend, sondern auch die Erziehung der männlichen Jugend. (Bravo!)

Nach dem Schlußwort der Berichterstatterin wird der Ausschussantrag einstimmig angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung: Anfrage der Abgg. Dr. Reinhold, Dr. Seyfert und Gen., betreffend die Zusammenkünfte der Minister aus Sachsen, Thüringen und Braunschweig. (Drucksache Nr. 498.)